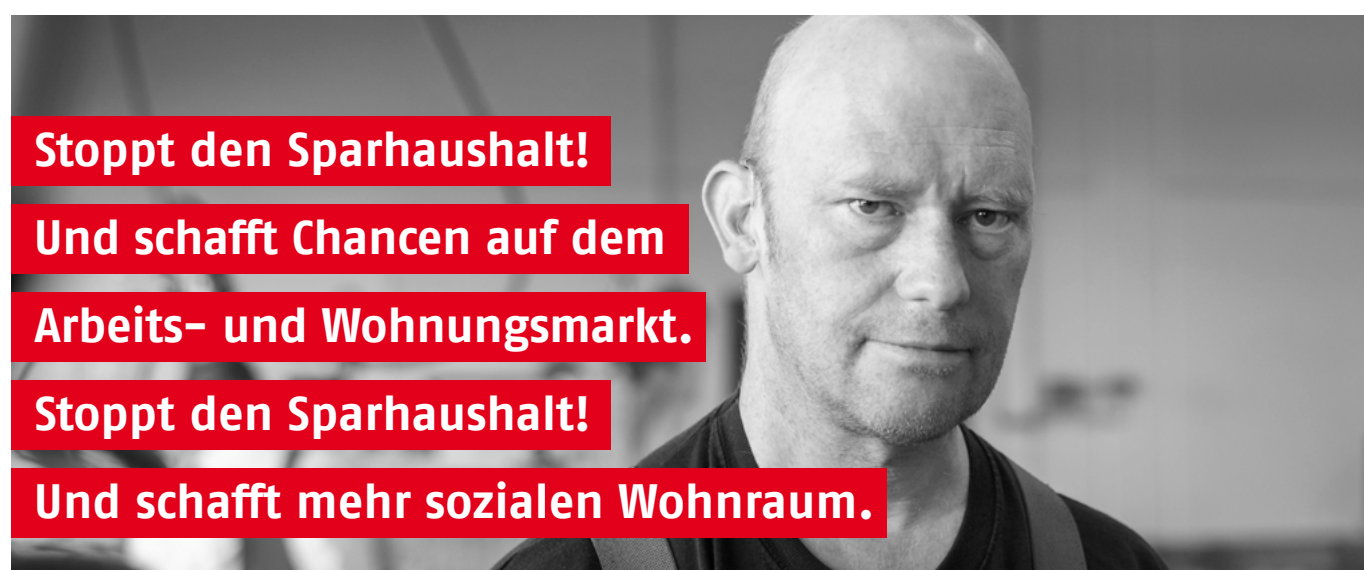


Die Letzte macht das #LichtAus.



Der **Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024** sieht einen Kahlschlag im sozialen Bereich vor. In den Bereichen, die die Finanzierung von Programmen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege betreffen, sind insgesamt **Kürzungen in Höhe von 25 Prozent** geplant. Falls jetzt nicht gegengesteuert wird, geht in zahlreichen sozialen Einrichtungen in Deutschland wortwörtlich das Licht aus, zum Beispiel in der **Armutsbekämpfung**.

Wir fordern:



Wer Armut bekämpfen will, muss mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt und mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt schaffen.

Fördermaßnahmen für Menschen, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt haben, ermöglichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Bundesregierung will nun bei den Fördermaßnahmen kürzen und riskiert so, langjährige Unterstützungsstrukturen zu zerstören. So wird Menschen mit geringen Beschäftigungsperspektiven der Zugang zum Arbeitsleben weiter erschwert. **Wir fordern den Bundestag auf, mehr Teilhabemöglichkeiten und Beschäftigungschancen zu ermöglichen!**

In der Wohnungspolitik plant die Regierung mehrere Vorhaben, die den Wohnungsmarkt gerechter machen sollen. Sie will barrierefreies, klimaneutrales, bezahlbares Wohnen ermöglichen, eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen und hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden. Diese Vorhaben brauchen Geld, doch aktuell ist für sie zu wenig oder sogar kein Geld eingeplant. **Wir fordern ein klares Bekenntnis zu den wohnungspolitischen Zielen und eine ausreichende Finanzierung, um diese zu erreichen!**